

KOMMENTAR



Geld zurück!

ARD und ZDF missachten ihren Programmauftrag

MARCO ROSE

Wenn Thomas Gottschalk am kommenden Sonntag tatsächlich wie geplant den großen ZDF-Jahresrückblick moderieren sollte, kann er sich selbst ein nicht unspannendes Kapitel widmen: Nach dem schrecklichen Unfall bei „Wetten, dass...?“ diskutiert ganz Deutschland über die Zukunft von Deutschlands größter Samstagabendshow. Es ist eine scheinheilige Debatte, die die Programmverantwortlichen mit ein wenig Aktionismus abwürgen werden. Denn in der Branche gilt längst als ausgemacht, dass der Zuschauer in einer Art geistigem Dämmerschlaf vor der Glotze gehalten werden muss – koste es, was es wolle.

Neuer Tiefpunkt erreicht

Um das zu durchschauen, muss man nicht „Wetten, dass...?“ schauen. Ein Blick in die neue Programmplanung von ARD und ZDF reicht. Konsequenz und einseitig setzen die Öffentlich-Rechtlichen seit Jahren auf Unterhaltung. Im Jahr 2011 wird voraussichtlich ein neuer Tiefpunkt erreicht: Wie bereits berichtet, wird die ARD dann täglich ihr Publikum zur besten Sendezeit mit einer Talkrunde beglücken.

Jauch, Plasberg, Maischberger, Beckmann, Will: jeden Abend Gequassel, jeden Abend dieselbe eitle Promi-Mischpoke. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass unter den Moderatorenstars im Ersten künftig ein munteres Gerangel um die besten Themen und Gäste einsetzen dürfte.

Dem ordnet die ARD all das unter, was sie einmal auszeichnet hat: Reportagen, Dokus oder politische Magazine. Letztere sind sukzessive geschrumpft worden, auf nur noch 30 Minuten. Ihren angestammten, popu-

lären Sendeplatz um 21 Uhr haben sie längst verloren. Im neuen Jahr werden auch die Dokus ihren montäglichen Sendeplatz um 21 Uhr einbüßen, um Zeit für Talkshows zu schaffen. Das ZDF ist auch nicht besser, es streicht mit den „ZDF-Reportern“ eine Informationsendung gleich komplett aus dem Programm.

Meist geht die inhaltliche Verflachung mit dem Hinweis einher, dass die Öffentlich-Rechtlichen auf ihren Digitalkanälen insgesamt ein breites, auch anspruchsvolles Spektrum bedienen. Doch ist dies ein schlechtes Argument. Denn das Budget von Kanälen wie „Eins-Extra“ lässt mehr als Wiederholungen kaum zu. Konservenkost also, wenn gleich gut verdauliche. Und das hochgelobte „zdf-neo“ ist nicht mehr als ein Unterhaltungssender für jene, die zu jung oder gebildet für das dröge Hauptprogramm sind.

Ihren Programmauftrag als Öffentlich-Rechtliche Kanäle nehmen ARD und ZDF so aber nicht mehr wahr. Danach müssten die Sender ihren Zuschauern umfassend und ausgewogen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Die einseitige Fixierung auf Quoten und das Schielen auf die private Konkurrenz gefährdet auf Dauer die Akzeptanz und Existenz Öffentlich-Rechtlichen Fernsehens in Deutschland.

Denn Trash gibt es schließlich genug – und zwar für lau bei RTL und Co. Dafür würde niemand 17,98 Euro pro Monat zahlen. Wenn dies das von ARD und ZDF angestrebte Niveau ist, kann man nur fordern: Geld zurück! Soll sich das ZDF doch Schock- und Ekel-Wetten von der Werbewirtschaft bezahlen lassen! Das wäre ehrlicher.

m.rose@zeitungsverlag-aachen.de

DAS AKTUELLE STICHWORT

Afghanistan-Umfrage

Neun Jahre nach Beginn des internationalen Engagements in Afghanistan hat das Ansehen der ausländischen Truppen am Hindukusch einer Umfrage zufolge einen Tiefpunkt erreicht. Nach der gestern veröffentlichten Befragung im Auftrag des WDR, des US-Senders ABC, der britischen BBC und der „Washington Post“ stellen rund zwei Drittel der Afghanen den amerikanischen und den Nato-Truppen ein schlechtes Zeugnis aus. Auch das Ansehen Deutschlands hat stark gelitten.

Besonders deutlich ist dieser Trend im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Nordosten Afghanistans. Die Zahl der Befragten, die Anschläge auf Nato-Soldaten befürworten, hat im Einsatzgebiet der Bundeswehr mit 39 Prozent ein Allzeithoch erreicht. Sie liegt deutlich über dem ebenfalls gestiegenen landesweiten Wert (plus 19 auf 27 Prozent).

Nach der jährlichen Umfrage haben landesweit inzwischen 41 Prozent der Afghanen eine nega-

tive Meinung über Deutschland – so viele wie nie seit 2007, als die Frage das erste Mal gestellt wurde. 2009 lag der Wert noch bei 34 Prozent. Positiv über die Deutschen denken 56 Prozent der Befragten. Im Einsatzgebiet der Bundeswehr sind die Werte schlechter: Dort denkt erstmals nur noch eine Minderheit (46 Prozent) positiv über Deutschland. Im Sommer 2007 hatten noch drei Viertel der Menschen im Nordosten eine positive Meinung.

„Deutschland wird kaum noch als Verbündeter der Bevölkerung, sondern fast nur noch als ausländische Kriegspartei wahrgenommen“, sagte der stellvertretende Auslandschef des WDR, Arnd Henze, der die Umfrage betreute. „Punktueller Erfolg im Kampf gegen die Taliban und beim Aufbau der afghanischen Armee werden pragmatisch registriert, aber die Köpfe und Herzen der Menschen erreicht das deutsche Engagement nicht mehr.“ (dpa)

Nur ein großer Selbstbetrug?

Auf dem Klimagipfel soll die sogenannte CCS-Technik als umweltfreundlich geadelt werden. Greenpeace sieht darin den Versuch, der Kohle- und Ölindustrie ihr „zerstörerisches Geschäft“ weiter zu ermöglichen.

VON GEORG ISMAR

Cancún/Berlin. Einige Umweltschützer sind außer sich, was da beim UN-Klimagipfel im mexikanischen Cancún ausgeheckt wird. Die unterirdische Verpressung von klimaschädlichem CO₂, das bei der Kohleverbrennung frei wird, soll als zu fördernde Klimaschutzmaßnahme anerkannt werden. „Auf die globalen Extremwetter-Ereignisse der letzten Jahre folgt nun bei den Klimaverhandlungen ein extremer und beschämender Selbstbetrug der verhandelnden Industriestaaten“, sagt Greenpeace-Experte Martin Kaiser. Der Gipfel richte sein Augenmerk zu sehr darauf, „der schmutzigen Kohle- und Ölindustrie ein „Weiterso“ ihrer zerstörerischen Geschäfte zu ermöglichen“.

Kaiser fordert von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), dass er bei der nun beginnenden Ministerrunde in Cancún den Plan stoppt, die sogenannte CCS-Technik (Carbon Capture and Storage) für Entwicklungsländer als Maßnahme anzuerkennen, die dem Klimaschutz dient und deshalb mit internationalen Geldern gefördert wird. Das ganze sei eine Pervertierung des Klimaschutzgedankens. Es müsse darum gehen, den Kohlendioxidausstoß sofort und massiv abzusenken, statt ihn in die Erde zu verlagern – es gibt Sorgen, dass Lecks zu großen Gefahren führen. „Die Öl- und Kohleindustrie verdient genug Geld, um nicht noch Geld von den armen und ärmsten Staaten der Welt zu stehlen, was der Vorschlag im Klartext bedeutet“, sagt Kaiser.

Erprobungsphase bis 2017

Nun ist es aber ausgerechnet die deutsche Bundesregierung, die das CCS-Projekt forciert und als Hoffnungsträger sieht: Dabei wird bei der Verbrennung von Kohle zur Stromerzeugung das Kohlendioxid abgetrennt und über Pipelines tief in der Erde verpresst. Die



Der CO₂-Ausstoß von Kraftwerken ist eine Zeitbombe. Kann sie durch die CCS-Technik entschärft werden? Greenpeace bezweifelt das. Foto: dpa

Regierung will die Technologie bis 2017 erproben lassen. Die zwei bis drei unterirdischen Lager sollen auf eine Speicherkapazität von maximal je drei Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr beschränkt werden.

Aber die Umsetzung eines Gesetzes hakt seit Wochen – es gibt noch Beratungsbedarf bei den Ländern. Gegen CO₂-Lager in der Erde gibt es besonders in Brandenburg und Schleswig-Holstein massive Widerstände. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) betont, CCS dürfe nicht so zerredet werden, wie die Transrapid-Technologie. Angesichts des weiter hohen Anteils von Kohlestrom in der Welt könne die Technik zum Exportschlager werden.

Vor diesem Hintergrund könnte es sicher interessant sein, mit CCS die Klimaschutzbemühungen in Entwicklungsländern zu unter-

stützen. Eine Anerkennung als solche CDM-(Clean Development Mechanism)-Maßnahme in Cancún würde CCS einen Schub geben. Die EU fördert die Technologie bereits mit hunderten Millionen Euro.

Aber das Verfahren ist teuer. Bei Vattenfall, das CCS bisher als einziges Unternehmen in einer Pilotanlage am Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe in Brandenburg testet, wird betont, dass sich CCS nur rechnet, wenn die beim Emissionshandel zu kaufenden Verschmutzungsrechte pro Tonne CO₂ die Summe von 30 Euro übersteigen. Derzeit liegen sie bei der Hälfte.

Für die Zerlegung der Luft beim Abtrennverfahren wird zudem viel Energie, also mehr Kohle, gebraucht. Für drei Kohlekraftwerke mit CCS-Technologie brauche

man praktisch ein viertes Kraftwerk, das nur die Energie für die CO₂-Abtrennung liefert, sagen die Umweltschützer vom BUND. Die Regierung betont, CCS brauche man, wenn es bis 2050 rund 80 Prozent weniger Emissionen geben soll. Auch für die Stahl-, Kalk- oder Zementindustrie könne das Verfahren ein Segen sein.

Selbst die Umweltverbände sind sich uneinig. Während Greenpeace CCS verdammt, meint die Umweltschutzstiftung WWF, dass man der Technologie eine Chance geben soll. Schließlich ist klar, dass es keinen schnellen Kohleausstieg geben wird. In Deutschland etwa wird der Strom noch zu 40 Prozent aus Kohle produziert, die Atomenergie hat nur einen Anteil von knapp 25 Prozent. CCS soll daher zu einem kleinen Klimaretter werden. (dpa)

Die Angst der Banker vor dem Fußballstar

Eric Cantona ruft die Franzosen zum Sturm auf die Geldhäuser auf. Tausende wollen ihm heute folgen.

VON PETER HEUSCH

Paris. Erst haben sie ihn belächelt, dann als selbsternannten Rächer der Enterbten verspottet. Aber inzwischen beunruhigt die von dem ehemaligen Fußballstar Eric Cantona in die Welt gesetzte Aktion „Bankrun“ nicht nur Frankreichs Bankenchefs, sondern sogar die Regierung. Als grotesk und unverantwortlich verurteilte Budgetminister Francois Baroin die anarchistische Idee des 44-Jährigen, heute durch das gemeinschaftliche Leerräumen der Girokonten das „korrupte Finanzsystem“ abzustrafen.

Anfang Oktober hatte der bis heute als „Fußballgott“ verehrte Stürmer von Manchester United in einem Videoclip hergebrachte Protestformen wie Demonstrationen als Zeiterwählung bezeichnet und zum friedlichen Umsturz am Bankhalter aufgerufen. „Wenn zwanzig Millionen Menschen ihr gesamtes Geld

abheben, bricht das System zusammen“, prophezeite er und warb für eine neue Form der „Revolution, die ohne Waffen und Blutvergießen“ auskommt. Der in mehrere Sprachen untertitelte Clip entpuppte sich rasch als Renner auf YouTube, vor allem in Frankreich wurde er hunderrtausende Mal angeklickt.

Kurzfristiger Bargeldmangel

Die französische Bankenvereinigung (FBF) zeigte sich trotzdem wenig beeindruckt von der „dummen Initiative“. Doch nachdem sich mittlerweile allein in Frankreich mehr als 35 000 Menschen über das soziale Netzwerk Facebook verabredet haben, heute tatsächlich zur Tat zu schreiten, ist den Bankern die Angelegenheit ungeheuer geworden.

„Ein Sturm auf die Banken nützt niemandem und schadet allen“, warnt auf einmal der FBF-Vorsitzende Francois Pérol.

Gleichzeitig beteuerte der Chef der Großbank BNP, dass die französischen Banken keine Schuld an der Krise hätten. Schon deswegen, so Baudouin Prot, entbehre der Aufruf von Cantona jeder Grundlage. Zuletzt meldete sich selbst Wirtschaftsministerin Christine Lagarde zur Wort und bat, den Ex-Kicker doch bitteschön „nicht allzu ernst zu nehmen“. Einer allerdings schweigt eisern: Eric Cantona.

Bleibt die Frage, wie viele Franzosen sich heute wirklich ihr Vermögen auszahlen lassen wollen. Zwar befürchtet niemand, dass der „Bankrun“ das Finanzsystem gefährden könnte. Nicht auszuschließen aber ist ein kurzfristiger Bargeldmangel. Die sich in Form von Münzen und Scheinen im Umlauf befindende Geldmenge von 155 Milliarden Euro nämlich ist ein Klacks im Vergleich zu jenen 3800 Milliarden Euro, die auf den Giro- und Sparkonten in Frankreich lagern.



Vom „Fußballgott“ zum Kämpfer gegen ein „korruptes Bankensystem“: Eric Cantona. Foto: dpa

„Pflegekräfte müssen besser ausgebildet und bezahlt werden“

Der Präsident des Deutschen Pflgerates, Andreas Westerfellhaus, fordert vor dem heutigen Spitzentreffen ein klares Signal von Minister Philipp Rösler

Berlin. Bundesminister Philipp Rösler peilt eine Reform der Pflegeversicherung an. Dazu hat der FDP-Politiker die Spitzenvertreter der Fachverbände für heute zu einem ersten Meinungsaustausch eingeladen. An dem Treffen wird auch der Präsident des Deutschen Pflgerates, Andreas Westerfellhaus, teilnehmen. Mit ihm sprach unser Korrespondent Stefan Vetter:

Herr Westerfellhaus, warum muss die Pflege reformiert werden?

Westerfellhaus: Eine Pflegereform ist dringend notwendig, weil sowohl finanzielle als auch personelle Engpässe drohen. Nach den neuesten Berechnungen des Sta-



Andreas Westerfellhaus: 2025 werden in Deutschland 152 000 Pflegekräfte fehlen. Foto: imago/stock

tistischen Bundesamtes werden im Jahr 2025 etwa 152 000 Pflegekräfte fehlen, wenn nicht gegen gesteuert wird. Allein schon diese Zahl veranschaulicht den Reformbedarf.

Im Mittelpunkt des Pflege-Gipfels am heutigen Dienstag soll genau dieser Fachkräftemangel stehen. Was erwarten Sie von dem Treffen?

Westerfellhaus: Notwendig ist ein klares Signal, dass die Probleme im Pflegebereich beim Gesundheitsminister angekommen sind. Am Ende dieses Spitzengesprächs muss ein Fahrplan stehen, wie der Personalmangel in der Pflegeeinrichtungen in den nächsten Jahren beseitigt werden soll.

Wie kann das aus Ihrer Sicht geschehen?

Westerfellhaus: Wir brauchen eine Perlenkette von Maßnahmen. Das fängt mit einer attraktiven Ausbildung an, geht über veränderte Rahmenbedingungen, also zum Beispiel weg von der Minuten-Pflege, und das muss auch eine angemessene Vergütung der Pflegetätigkeit einschließen.

Brauchen wir eine gesteuerte Zuwanderung ausländischer Pflegekräfte?

Westerfellhaus: Zuerst müssen natürlich die Arbeitsbedingungen für einheimische Interessenten

verbessert werden. Allerdings gilt auch: Ohne qualifizierte Pflegekräfte aus dem Ausland werden wir die wachsende Alterung in Deutschland nicht bewältigen können. Auch hier sind jedoch attraktive Rahmenbedingungen erforderlich, damit solche Fachleute überhaupt zu uns kommen und nicht in andere Länder gehen.

Was heißt das konkret?

Westerfellhaus: Mit dem kürzlich vereinbarten Mindestlohn von 8,50 Euro in der Pflegebranche ist es jedenfalls nicht getan. Das wäre Augenwischerei. Wer glaubt, hoch qualifizierte Leute wie zum Beispiel eine Fachkrankenschwester für Intensivpflege oder Psychiatrie

mit solchen Beträgen abspesen zu können, der wird niemals qualifizierte Kräfte für seine Einrichtung bekommen. Wir haben jetzt schon die Situation, dass selbständige Pflegekräfte Stundensätze von bis zu 100 Euro am Markt realisieren können. Das kennzeichnet auch ein Stück weit die Versorgungsnot in der Branche.

Für die langfristige Finanzierung plant Rösler den Aufbau einer privaten Zusatzversicherung?

Westerfellhaus: Richtig ist, dass mehr Geld ins System kommen muss. Ob das in Form einer Bürgerversicherung geschieht oder als Kapitalstock, ist Sache der Regierung.